

Zu den Beiträgen in diesem Heft

Der Schwerpunkt „sozialistische Länder“ wurde für uns nicht erst wichtig, als es darum ging, die Ausweisung des Kommunisten Wolf Biermann aus der sozialistischen DDR zu diskutieren, hat jedoch unversehens dadurch an Aktualität gewonnen. Die Tatsache der Ausweisung eines Kommunisten aus einem seinem Selbstverständnis nach sozialistisches Land als ‚Staatsfeind‘ muß nicht nur angesichts des Kampfes der Linken in der Bundesrepublik gegen den obskuren Begriff des ‚Verfassungsfeindes‘ und einer daraus erfolgenden Begründung des Berufsverbots verurteilt werden, sondern stellt auch erneut die Frage nach dem Charakter des Gesellschaftssystems in der DDR: Eine kritische Diskussion des ‚realen Sozialismus‘ sollte sich dabei weder durch die Legitimationsbedürfnisse der DDR und der DKP/SEW im Westen hindern noch sich durch die sichtbare Funktionalisierung der anlässlich der KSZE-Konferenz in Helsinki aufgebrochenen Bürgerrechtsbewegung durch die reaktionären Gruppen im Westen verbieten lassen: Auch wenn diese Bewegungen (z. B. in der CSSR, der UdSSR und der DDR) weitgehend von Intellektuellen getragen sind, formulieren sie Inhalte der Demokratie, die auch (und gerade) in sozialistischen Systemen der Produktion unverzichtbar sind. Andererseits geht sicherlich bei den ‚Bürgerrechtlern‘ die Kritik des realen Sozialismus in vielen Punkte einher mit einer kritiklosen Übernahme der *Illusion* von Menschenrechten in der bürgerlichen Gesellschaft, was nicht zuletzt der Stellung von Intellektuellen in der gesellschaftlichen Produktion geschuldet ist. Aber wäre dann nicht vor aller (verurteilenswerter) Repression die Frage angebracht, warum es zu einer derartig kritiklosen bornierten Verherrlichung des US-Imperialismus (z.B.) durch einen Solschenizyn kommen konnte?

Jenseits der Bürgerrechtsbewegung sind (zeitlich nicht zufällig parallel dazu) in einzelnen sozialistischen Ländern Formen der Opposition sichtbar, die nicht nur auf individuellen Widerstand beschränkt bleiben: Diese Massenbewegungen orientieren sich dabei an den materiellen Bedingungen der Reproduktion der breiten Arbeiter- und Bauernmassen in diesen Ländern. Und die Ausweisung Biermanns, die Verstärkung der Bürgerrechtsbewegung in allen osteuropäischen Ländern, die Arbeiteraufstände in Polen etc. sind ohne Zweifel nicht nur politische und soziale Zufälle, sondern manifestieren strukturell-ökonomische Reproduktionsschwierigkeiten der osteuropäischen Länder. Die relative ökonomische Rückständigkeit gegenüber den hochentwickelten kapitalistischen Industrienationen legt diesen Ländern nahe, über Agrar-, Rohstoff-, und technologisch-einfache Fertigwarenexporte und in ihrem Austausch über Produktionsmittelimporte diese Rückständigkeit zu überwinden. Die sich verschärfende kapitalistische Weltmarktkrise seit Ende der 60er Jahre und die damit eingeschlossenen Überakkumulationstendenzen namentlich in den Produktionsmittelsektoren erhöhen auch im Westen das Interesse nach erweiterten Märkten im Osten. Beides resultiert in einer sprunghaften Ausdehnung des Ost-West-Handels. Doch in dem Maße wie sich durch die Weltmarktkrise die Austauschrelationen zuungunsten von Agrargütern und Rohstoffen verändern, die Verschuldung gegenüber den kapitalistischen Ländern zunimmt und dadurch die Produktionsmittel- und Technologieimporte an Grenzen stoßen, gerät der Akkumulationsprozeß in den osteuropäischen Ländern zunehmend unter Druck. Die einmal ins Werk gesetzte Struktur der Reproduktion und Akkumulation, die nicht zuletzt auf den Handelsbeziehungen mit dem *kapitalistischen Weltmarkt* beruht, kann so nur aufrechterhalten werden, indem stärker auf interne Quellen für die Bezahlung der importierten Investitionsgüter zurückgegriffen wird. Die Aufrechterhaltung der Wachstumsraten Anfang der 70er Jahre ist auf diesem Wege allerdings nicht mehr möglich und selbst eine geringere Wachstumsrate ist nur fortzusetzen durch stärkere Beschneidung des Konsumtionsfonds der Gesellschaft und Intensivierung

der Arbeit. Geringere Reallohnsteigerungen, mangelnde Reduktion der Arbeitszeiten und steigender Druck auf die Arbeiter in den Fabriken sind ökonomische Folgen. Sozial und politisch eklatiert dieser Druck in Formen des Widerstands aus allen Klassen und Schichten dieser Gesellschaften gegen Partei- und Staatsapparat als den Vermittlungsinstanzen dieses Reproduktions- und Akkumulationsmodells. Der „herrschende Block“ (vgl. dazu Szlajfer und Horton in diesem Heft) seinerseits versucht, durch stärkere Repression dieser Lage politisch Herr zu werden und dadurch der zugrundeliegenden Entwicklungsstruktur zur Durchsetzung zu verhelfen. Die Tendenzen zur Freisetzung der *sozialen* Demokratie seitens der Arbeiter wie die der Freisetzung *bürgerlichen* Demokratie durch die Bürgerrechtsbewegung bedingen so die Reaktivierung „stalinistischer“ Methoden und umgekehrt bedingt die Repression verstärkten Widerstand. Es ist offen, ob sich diese Tendenzen der Freisetzung der sozialen und bürgerlichen Demokratie stärker Geltung verschaffen, oder ob über verstärkte Repression die erneute politische und soziale Integration dieser Gesellschaften in ihrer bisherigen Struktur gelingt.

Die weitere Entwicklung in den osteuropäischen Ländern wird aber nicht nur ökonomisch von der Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt mit bedingt, sondern auch davon, daß politisch die kommunistisch oppositionelle Arbeiterbewegung im Westen sich in Form des *Eurokommunismus* zunehmend von dem sowjetischen Modell des Sozialismus löst und damit den Staatsparteien in den osteuropäischen Ländern eine bisher selbstverständliche Legitimationsbasis entzieht. Sicherlich ist der Eurokommunismus als alternative sozialistische Strategie und Taktik nicht einheitlich, hat in Italien, Spanien und Frankreich sehr unterschiedliche Gesellschaftsbedingungen zur Grundlage und ist in der Kritik des traditionellen Kommunismus unklar und ambivalent, doch selbst diese vorsichtige Lösung von der Sowjetunion, die Zurückweisung ihres Vorbildcharakters und ihres Hegemonialanspruchs, wie vor allem die Anerkennung von bürgerlich-demokratischen Prinzipien schränken doch die Repressionsmöglichkeiten der Staatsparteien in den osteuropäischen Ländern ein, wollen sie nicht die völlige Einflußlosigkeit auf die westeuropäischen KPen in Kauf nehmen.

Diese praktische Kritik des traditionellen Kommunismus – durch das Aufbrechen von gesellschaftlichen Widersprüchen in den sozialistischen Ländern wie durch die teilweise Lösung der westeuropäischen KPen unter dem Druck von Massenbewegungen – aktualisiert aufs Neue die Diskussion der Linken in der Bundesrepublik über Grundfragen sozialistischer Strategie und Taktik. Diese schließen untrennbar ein sowohl eine wissenschaftliche und politische Stellungnahme zu dem Gesellschaftstypus des realen Sozialismus wie eine materialistische Bestimmung einer sozialistischen Alternative in den westeuropäischen Ländern.

Die hier allgemein angedeuteten Tendenzen in den sozialistischen Ländern werden am Beispiel Polens in dem Aufsatz von *H. Szlajfer, Nachzuholende Entwicklung unter Bedingungen des Weltmarkts – das polnische Beispiel* detailliert ausgewiesen. Der Autor diskutiert den Entwicklungsprozeß der Übergangsgesellschaften als einen Prozeß der nachzuholenden Entwicklung. Dieser ist dem der unterentwickelten Länder insofern vergleichbar, als hier identische Restriktionen des Weltmarkts existieren, die einen Industrialisierungsprozeß, wie er etwa im 19. Jahrhundert noch möglich war, nicht mehr zulassen. Während eine erste Phase der beschleunigten Industrialisierung in Polen (1950 - 55) durch eine Politik der relativen Isolierung vom Weltmarkt gekennzeichnet war, ist die zweite (ab 1970) durch eine unmittelbare Partizipation am (kapitalistischen) Weltmarkt charakterisiert. Diese (im einzelnen empirisch belegte) Wende wird aus der Notwendigkeit der beschleunigten Innovation der polnischen Wirtschaft begründet und führt zu einem rasch anwachsenden Handelsbilanzdefizit: Die Annahme der polnischen Wirtschaftspolitik seit 1970, die steigenden Importe durch Exporte aus modernisierten Industriebranchen bezahlen zu können, hatte sich nicht erfüllt. Die Folgerungen: Expansion der Exporte aus den traditionellen Industriezweigen und Senkung des Konsumtionsniveau der Massen, insbes. des gesellschaftlichen Konsums. Hinter dieser Reproduktionsstruktur stehen aber – so der Autor – nicht nur die Interessen einer „privilegierten Klasse“ oder einer „Staatsbürokratie“ (so die gängigen Pauschalisierungen in der linken Diskussion), sondern auch breite Schichten der Intelligenz, der qualifizierten Arbeiterschaft etc., die die dadurch für sie erreichbaren hochwertigen Konsumgüter nicht missen wollen und eine Stütze des „Blocks an der Macht“ (der Autor entlehnt diesen Begriff aus der Gramsci-Diskussion) darstellen. Auf diesem Hintergrund wird die Streikbewegung

von 1970 und 1976 in Polen analysiert, deren politische Dynamik *Stefan Horton* in dem Aufsatz *Die Revolution der Hoffnung und ihre Ergebnisse* genauer untersucht. Auf dem Hintergrund der schon bei Szlajfer entwickelten ökonomischen Zusammenhänge werden die Unterschiede der Streiks von 1970 und 1976 herausgearbeitet, aber auch die Zusammensetzung der hinter den Streiks stehenden Arbeiter und deren Basis in den Industriebetrieben. Auch werden die schwankenden Reaktionen des Staatsapparats zwischen Repression und materiellen Konzessionen begründet und die Unmöglichkeit, 1976 wie 1970/71 durch materielle Zugeständnisse der Streikbewegung die Spitze zu nehmen. Dazu kommt in den Streiks 1976 ein neues Moment: Zum erstenmal seit dem „polnischen Oktober“ (1956) ist es 1976 gelungen, die Separierung der einzelnen Schichten zu durchbrechen und eine Solidarität herzustellen, die über vereinzelte Teile der oppositionellen Arbeiter hinausgeht.

Gegenüber der Analyse des Zusammenhangs von kapitalistischem Weltmarkt, gesellschaftlicher Reproduktionsstruktur und Interessen in den beiden Artikeln von Szlajfer und Horton stellt der Artikel von *Axel Bust-Bartels*, *Die Entwicklung ausgewählter Arbeiterbedingungen in der DDR* dagegen nur einen Ausschnitt dar, der allerdings eng mit den gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen und insbesondere der importierten kapitalistischen Technologie verbunden ist. Inwieweit die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Tendenzen zur Intensivierung der Arbeit in der DDR mit gesellschaftlichen Entwicklungen einhergehen, die denen in Polen identisch sind, muß einerseits angezweifelt werden – in der DDR sind wichtige Voraussetzungen der erweiterten Reproduktion wie etwa die Kollektivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft geschaffen worden –, andererseits scheinen in Bezug auf die gesellschaftliche Reproduktion, die Modernisierung der Abteilung I und deren Abhängigkeit von technologischen Importen aus dem kapitalistischen Ausland offenkundige Parallelen zu bestehen, was teilweise auch im Aufsatz von Bust-Bartels anknüpft. Dabei wird von dem Autor der Widerspruch von der zum Prinzip erhobenen Steigerung der Produktivkräfte schlechthin und der Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie herausgearbeitet, der zugunsten einer Funktionalisierung der formalen Elemente dieser Demokratie für die Durchsetzung von Rationalisierungsprozessen in der DDR gelöst wird. Es zeigt sich, daß die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen um keinen Deut erträglicher wird, wenn sie zum gesellschaftlichen Gesetz erklärt und mit dem Wort ‚sozialistisch‘ verkleidet wird.

Rainer Rotermond verfolgt in seinem Aufsatz *Oktoberrevolution und Sozialismus* das Ziel, eine Interpretation der russischen Revolution zu geben, die sich nicht am staatspolitischen Gang der Dinge orientiert, sondern an den durch die Massen im Verlauf des revolutionären Prozesses geschaffenen Produktionsverhältnissen anknüpft. Er geht davon aus, daß die Möglichkeit der späteren Entwicklung in der Sowjetunion bereits in den Kämpfen der Arbeiter und Bauern 1917 - 1921 angelegt sein mußte und klammert in seiner Untersuchung den Weltmarkteinfluß bewußt aus. Rotermond grenzt sich daher in dieser Weise implizit von den bisher in der Prokla veröffentlichten Analysen ab (vgl. die Beiträge von Rabehl, Spohn, Wolter) und versucht, bei Darstellung der materiellen Ursachen des Widerstands von Bauern und Arbeitern gegen den Zarinismus und des Radikalisierungsprozesses von demokratischen zu sozialistischen Forderungen den Widerspruch von bürgerlichen Zielen und sozialistischen Mitteln herauszuarbeiten.

Gleichfalls zum Schwerpunkt gehörend nimmt *Frank Dingel* anläßlich der Biermann-Ausweisung im *Diskussionsteil* zur Wahldiskussion in verschiedenen Gruppen der BRD Stellung. Er bezieht sich dabei insbesondere auf eine innerhalb der „Sozialistischen Assistentenzelle“ am OSI/FU Berlin geführte Diskussion um eine Wahlempfehlung für die DKP, die für ihn exemplarischen Charakter hat und als Anlaß genommen wird, grundsätzlich die unterstellte politische Perspektive der DKP in Teilen der Linken infrage zu stellen.

Renate Genth und *Elmar Altvater* beschreiben in dem zweiten Teil ihres Artikels *Eurokommunismus als Strategie in der Wirtschaftskrise in Italien* die Konzeptionen von Partei und Gewerkschaften in der Krise in Italien und arbeiten dabei den mit der Hinnahme des ‚Austerity Programms‘ der Andreotti-Regierung durch die KPI sich entwickelnden Widerspruch zwischen den beiden Organisationen der Arbeiterbewegung heraus. Dabei werden auch neuere Tendenzen in der Linken und zwischen KPI und CGIL seit Erscheinen des ersten Teils berücksichtigt. Auf den Artikel wird demnächst (in Prokla 29) eine Replik veröffentlicht werden, die anhand einer

Analyse der neueren Entwicklungen das Vorgehen der beiden Autoren kritisieren will.

Der Artikel von *Thomas Isensee* und *Christel Neusüß*, *Der Berliner GEW-Konflikt*, fragt nach den Ursachen der Auseinandersetzungen in der Westberliner GEW, die inzwischen zu einer Spaltung und der Existenz von zwei miteinander konkurrierenden Verbänden geführt haben. Neben einer Chronologie des Konflikts werden im zweiten Teil die Fehler der linken Mitgliedschaft in der Abwehr des Disziplinierungsversuches des GEW-Bundesvorstandes und der Berliner GEW-Rechten gegen einen mehrheitlich linken Landesverband aufgezeigt. Diese Fehler werden u. a. mit der spezifischen, von der Studentenbewegung beeinflussten Entwicklung der Mitgliedschaft besonders in der Berliner GEW erklärt, einer Mitgliedschaft, die weitgehend ihre linke gewerkschaftliche Position „über den Kopf“ und nicht aus der realen Erfahrung der Notwendigkeit von Solidarität möglichst aller Kollegen gewonnen hat. Von dieser Einschätzung ausgehend wird im letzten Teil die Frage diskutiert, welche inhaltlichen Perspektiven für eine Gewerkschaftspolitik im Erziehungssektor sich unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen überhaupt bieten.

(Eine für dieses Heft vorgesehene Replik von H. Elsenhans auf den Artikel von M. Massarat in *Prokla 23* zur Energiekrise mußte aus Platzgründen in das Heft 28 verschoben werden.)

Die Redaktionskonferenz

Voraussichtlicher Inhalt der nächsten Hefte

PROKLA 28: Schwerpunkt „*Staat, Wirtschaftspolitik*“

Beiträge von: *G. Stamatis* zum unreproduktiven Sektor/*W. Laaser* zur Wirtschaftspolitik 1974/75/*H. Häußermann* zur Bürokratediskussion/*RK Staat* zur Strukturpolitik/*K. Lauschke* zur Kritik gewerkschaftlicher Bildungsarbeit/*Heimann/Müller* zur SPD-Linken (JUSOs, AfA)

PROKLA 29: Schwerpunkt „*Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft*“

Beiträge von: *K. Busch* zur ökonomischen Entwicklung in der EG/*Hildebrandt u. a.* zur Internationalisierung der Gewerkschaftsbewegung (II)/Länderberichte Italien (Altwater/Genth-Kritik), Frankreich, Holland, Dänemark/Schweden,

Die Linke im Rechtsstaat

Band 1:
Bedingungen sozialistischer Politik
1945 - 1965

Bernhard Blanke, Die Linke im Rechtsstaat BRD/Ute Schmidt, Tilman Fichter, Arbeiterklasse und Parteiensystem/Wilfried Gottschalch, Veränderungen der Sozialstruktur und Interessenbewußtsein im CDU-Staat/Monika Fuhrke, Sozialpolitik als Integrationspolitik/Rudi Schmiede, Das deutsche „Wirtschaftswunder“ 1945 - 1965/Reinhard Krusche, Dagmar Pfeiffer, Probleme der Gewerkschaftspolitik 1945 - 1965/Wolf-Dieter Narr, Der Weg zum Volksparteien-Staat der christdemokratischen Grundordnung/Joachim Perels, Das Bundesverfassungsgericht in der Ära Adenauer/Dietrich Staritz, KPD und Kalter Krieg bis 1950/Alexander von Brünneck, Politik und Verfolgung der KPD seit 1948/Jürgen Seifert, Linke in der SPD (1945-1968) Rotbuch 145

272 Seiten, DM 12,- (im Abo 11,-)



Zehn Jahre danach

J.M. Bouguereau, Die Krise des Mythos. Anmerkungen zur Neuen Linken in Frankreich und Italien/Klaus Hartung, Versuch, die Krise der antiautoritären Bewegung wieder zur Sprache zu bringen/Jürgen Seifert, Von den Notstandsgesetzen zum vorverlegten Notstand/Otto Kalscheuer, Das System des Marxismus ist ein Phantom. Argumente für den theoretischen Ausbruch aus dem Phantom der Linken/Horst Mahler, Ausbruch aus einem Mißverständnis/J.A. Schüle, Von der Studentenrevolte zur Tendenzende oder der Rückzug ins Private. Eine sozialpsychologische Analyse/OSI-Gruppe Bernlin, Was lange gärt, wird endlich Wut/Oskar Negt, Über die neue Linke 1977/H.J. Benedict, Bürger Linke und Gewalt. Ein subjektives Plädoyer für den radikalen Pazifismus der Bürgerinitiativen/Thomas Kuby, J. Christian Mahrzahn, Lernen in Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen

Kursbuch 48

192 Seiten. DM 8,- (Abo 6,-)

Rotbuch Verlag

1 Berlin 30 Potsdamer Straße 98